

Vorwort:

Anfang April hatte Jürgen Wächter mit dem Stadtverband Bielefeld eine Geschichts- und Geologie-Wanderung rund um den Jakobsberg durchgeführt. Wir bedanken uns für diese sehr schöne Veranstaltung. Schön auch, dass so viele Basis-Mitglieder und Interessierte dabei waren.

Nächste Veranstaltungen:

12.04.2024, Autoren-Lesung von Karin Schäfer

24.05.2024 Filmvorführung „Nürnberg“ mit anschließender Diskussion

Viele Vorbereitungen laufen derzeit, für die Europawahl, für den Bürgerbrief und anderes. Schaut im Schwarmtreffen oder beim Stammtisch vorbei und bleibt gut informiert. Die diesjährige Europawahl ist die letzte ohne Sperrklausel. Ab 2029 ist eine 2% Sperrklausel Realität. Wir sehen, die Altparteien wollen unter sich bleiben. Es ist eine große Herausforderung für unsere Kandidaten ins Europäische Parlament einzuziehen.

Also, 2024 wird ein entscheidendes Jahr, Packen wir's an, helft mit, bei Veranstaltungen, Plakatieren usw. Beschäftigt Lasst Euch weniger mit Nebensächlichkeiten, jetzt gilt es:

Altparteien abwählen!

Regelwerk: "Spielregeln" für ein neues Miteinander

Ansprechpartner: Jochen König

presse.@diebasis.nrw

Zu schön, um wahr zu sein? Der Basisdemokrat sollte jubeln. Das ist es doch, was wir wollen, oder?

Jeder, der sich für Lokalpolitik interessiert, sollte den Link der Seite einmal anklicken und gründlich lesen. Die Befragung ist mittlerweile abgeschlossen. Die einzelnen Fragen können nicht mehr eingesehen werden. <https://www.bielefeld.de/regelwerk>

„Egal, ob es beispielsweise darum geht, den Bielefelder altstadt.raum neu zu denken oder den Rahmen für die Gestaltung des Rosengartens an der Rudolf-Oetker-Halle festzulegen: Wenn es um die Zukunft ihrer Stadt geht, werden die Bielefelder*innen im Rahmen von Öffentlichkeitsbeteiligung zunehmend direkt angesprochen. Denn es sind die Bielefelder*innen, die die besten Expert*innen ihrer eigenen Stadt sind. Viele Menschen wünschen sich auch mehr Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten. Aber wie können diese Prozesse aussehen? Wie kann dieses neue Miteinander von Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik funktionieren? Welche verlässlichen „Spielregeln“ sollten vereinbart werden?“

So lautet der einleitende Text der entsprechenden Internetpräsentation. Während der Präsentation des Programms in der Oetkerhalle zeigte sich noch erheblicher Planungsbedarf.

Die folgenden Fragen müssen mit Sicherheit erörtert werden:

- Was unterscheidet Öffentlichkeitsbeteiligung von Bürgerbeteiligung?
- Wie ist es mit Mitbestimmung?
- Was ist Stadtgesellschaft?
- Soll hier eine neue Verwaltungsstruktur eingeführt werden?
- Auf welchen Gesetze oder Verordnungen beruht das Ganze? Welchen rechtlichen Charakter hat das?
- Zitat: „Transparenz bedeutet in diesem Fall eine Bereitstellung von Informationen, die benötigt werden, um die Vorhaben und Beteiligungsprozesse nachvollziehen zu können.“

Was soll mir das sagen? Warum keine Bürgerbefragungen in den betroffenen Gebieten oder Stadtteilen?

- Zitat: „Ergebnisse aus der Beteiligung werden zügig an die Politik weitergegeben.“ Die Politik und die Verwaltung sollen doch jeweils zu 1/3 in dem begleitenden Gremium teilhaben und dann entscheiden was an die Politik weitergegeben werden soll?
- Zitat: „Bei der Durchführung von Beteiligungsverfahren sorgt die durchführende Stelle dafür, dass geeignete Maßnahmen zur Evaluation eingesetzt werden.“ Was sind geeignete Maßnahmen zur Evaluation von Beteiligungsverfahren?
- Der Verfasser hat sich ein paar Seiten ausgedruckt um den verwirrenden Text mehrfach lesen zu können und festgestellt, dass das Ganze mit „Beteiligung NRW“ und „Stadt Bielefeld“ betitelt ist. Was bedeutet das oder was steht dahinter?
- Was ist frühzeitige Information?
- Welche Projekte werden behandelt?
- Wann erfährt man etwas über eine realistische Kostenstruktur. Das ist entscheidend, weil die Kosten vieler Bielefelder Projekte aus dem Ruder laufen?

Braucht ein Miteinander in Bielefeld wirklich ein Regelwerk? Sicherlich ist es bedauerndswert, dass so viele Menschen Politikverdrossen sind, die Wahlbeteiligungen machen es deutlich, zu wenig Menschen beteiligen sich an der Gestaltung unserer Stadt. Die Frage kann doch nicht sein die Menschen in ein weiteres Regelwerk zu drängen, sondern für die Menschen attraktive Gelegenheiten bereitzustellen sich zu beteiligen. Das nennt man auch Mitbestimmung und wird im Allgemeinen, z.B. wie in der Schweiz, als Volksabstimmung bezeichnet. Genau dafür steht unsere Partei .

Warum will der Westen Krieg?

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke gustav.wiesecke@diebasis.nrw

Deutschland braucht Frieden mit Russland

Ein Beitrag von Dr. Jürgen Wächter

Seit zwei Jahren besteht Krieg zwischen Russland und der sogenannten Ukraine, einem Gebiet das seit Jahrhunderten zu Russland gehörte und das in Teilen von Russen bewohnt wird. Die amerikanische Einflussnahme in der Ukraine mit ihrer Bedrohung der nationalen Sicherheit Russlands und die teils tödlichen Aktivitäten gegenüber den dort lebenden Russen sowie gescheiterte bzw. gebrochene Verhandlungen führten in Russland zur Entscheidung einer militärischen Sonderoperation.

Wie würden die USA reagieren, wenn Russland eine ihm genehme Regierung durch einen Putsch in Mexiko installieren und diese dort lebenden US-Amerikaner unterdrücken und beschießen würde? Wie die USA bei kleinsten Bedrohungen ihre nationale Sicherheit reagieren, sehen wir aus den unzähligen Angriffskriegen, die es nach dem Zweiten Weltkrieg geführt hat.

So schrecklich all diese Kriege sind, Deutschland hat damit nichts zu tun, es sollte sich raushalten. Deutschland war lange Jahre in der Welt der faire Vermittler, der Streitschlichter, der Friedensvermittler. Und damit ist es moralisch und ökonomisch sehr gut gefahren.

Doch mit der rotgrünen Regierung und ihrer „feministischen Außenpolitik“ ist die hohe Anerkennung Deutschlands in der Welt auf einen lange nicht gekannten Tiefstand gesunken. Statt sich weiter für Frieden und Vermittlung einzusetzen, entwickelt es sich zum Kriegstreiber.

Auf Befehl seines Herrn in Washington, gegen den man nicht einmal protestiert, wenn er erklärt, einem die Gaspipeline vor den Füßen wegsprengen zu wollen und es dann wohl auch

tat, beteiligt man sich nun emsig mit Waffenlieferungen in ein Gebiet, das Deutschland überhaupt nichts angeht. Erst waren es kleinere Waffen und Munition, dann Fahrzeuge, schließlich Panzer wie der Leopard II. Und dann sollte es noch mehr sein.

Aus Frankreich kam der Impuls des Einsatzes von westlichen Truppen. Staatschef Macron versicherte, dass Frankreich alles tun werde, damit Russland den Krieg nicht gewinne. Er sagte, in der Unterstützung der Ukraine gebe es „keine Grenzen oder rote Linien“. Das Pentagon äußerte, dass im Falle des Zusammenbruchs der Ukraine die NATO in einen militärischen Konflikt mit Russland geraten werde. Und ganz besonders sprangen die Polen auf diesen angefahrenen Zug. Deren Außenminister Sikorski forderte: „Der Westen sollte eine kreativ durchdachte und asymmetrische Eskalation durchführen.“ Er halte NATO-Truppen in der Ukraine nicht für undenkbar. Im Übrigen hätten einige NATO-Länder sogar bereits Militär in die Ukraine entsandt, das dort im Einsatz sei.

Als dann beim Taurus-Leak auch noch deutsche Luftwaffenoffiziere darüber debattierten, wie man Taurus-Raketen in die Ukraine bringen könne und wie ein Anschlag auf die Kertsch-Brücke zur Krim vonstattengehen müsse, da zeigte sich, dass eine rote Linie erreicht war. Was würde geschehen, wenn eine solche Rakete in Moskau einschläge? Glaubt irgendjemand allen Ernstes, dass Deutschland dann immer noch behaupten könne, es sei keine Kriegspartei?

Doch, diese Leute gibt es. Teile der FDP, der Grünen und der CDU/CSU befürworteten die Lieferung solcher Raketen an die Ukraine. Der bayerische Ministerpräsident Söder sagte, Taurus „muss zum Einsatz kommen“. Und dabei kalkuliert man einen Krieg mit Russland offenbar ein. Denn schon faselte Verteidigungsminister Pistorius von Ideen zur Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland und Impfminister Lauterbach sprach davon, man müsse sich auf die Versorgung von Verletzten im Kriegsfall vorbereiten.

Nachdem Russland die Möglichkeit der Kündigung der 2plus4-Verträge im Falle eines deutschen Kriegseinsatzes in den Raum geworfen hatte, ruderte dann Noch-Bundeskanzler Scholz zurück und entschied, dass weder deutschen Soldaten noch Taurus-Raketen in die Ukraine entsandt würden.

Mal sehen, ob das Wort lange hält oder man es zu umgehen versucht. David Cameron, britischer Außenminister, schlug bereits vor, dass Deutschland seine Taurus-Raketen an Großbritannien gebe und dieses dafür dann seine Storm Shadow-Raketen an Kiew liefern könne.

Was hier abläuft hat nichts mit den nationalen Interessen Deutschlands zu tun, und auch nicht mit dem Interesse der Bevölkerung an Frieden. Der serbische Präsident Aleksandar Vucic erklärte, dass in der westlichen Welt derzeit ein Wahnsinn herrsche mit dem Glauben Russland leicht besiegen zu können. Und ein Wahnsinn ist es tatsächlich. Das haben weder Napoleon noch Hitler geschafft und Macron, Scholz und Pistorius werden es auch nicht.

Ein solcher Wahnsinn tritt regelmäßig auf, wenn ein System seinem Untergang zugeht. Das geschah immer wieder in der Geschichte, sei es bei den Hexenverfolgungen, beim Untergang des monarchischen Frankreichs 1789, der Steinzeitregierung unter Pol Pot in Kambodscha oder den Gemetzeln zwischen Hutu und Tutsi in Ruanda. Diesmal ist es das kapitalistische von den USA geführte unipolare Weltsystem, das an sein Ende kommt.

Die Plutokraten merken selber, dass ihr System, von dem sie leben, den Bach runter geht. In Deutschland etwa bricht seit Jahren so einiges zusammen, Schulwesen, medizinische Versorgung, Autobahnbrücken, politisches System, Bahnverkehr und vieles mehr. Die Regierenden organisieren dann bewusst oder unbewusst zwei Schurkenstücke.

Erst wird den Menschen mit einer großen Lüge Angst gemacht. Dadurch scharen sie sich weiter hinter die Regierenden und wagen keinen Widerstand. Dies hatten wir bereits mit der Coronainszenierung.

Das Zweite ist das Erschaffen von Sündenböcken, die für den zunehmenden Verfall des Systems verantwortlich gemacht werden. In der Coronazeit waren das bereits „Querdenker“, „Maskenverweigerer“ und „Ungeimpfte“, die man diskriminierte. Doch in dieser zweiten Stufe wird es heftiger. Man erschafft sich direkte Feinde, die es zu bekämpfen und in der Geschichte auch meist zu vernichten galt. Früher waren es Hexen, Juden, Königstreue, Kapitalisten oder Kommunisten. Heute ist es Putin und „der Russe“. Meist wurde das Ganze in einen totalen Fanatismus gesteigert, der dann zu Gewalt, Mord oder Krieg führte.

Und nun sind wir wieder genau auf dieser Stufe. Der Westen wird derzeit immer kriegsgeiler. Es hat nichts mit der Ukraine zu tun, die ist lediglich ein Anlass. Die Ursache ist psychologischer Natur. Ein meist unbewusstes Spüren, dass das System, das einem Macht und Geld gibt, nun zusammenbricht und das fehlende Eingeständnis, dass man selber es verbockt hat. Da ist doch besser Putin schuld.

Rational ist das alles nicht. Denn dann gäbe es keine Angst vor einem russischen Angriff auf Deutschland. In der ganzen Geschichte erfolgte kein Angriff von dort. Wenn es Krieg gab, dann ging der immer vom Westen aus.

- Im Siebenjährigen Krieges kämpften ab 1756 England, Frankreich, Schweden und verschiedene deutsche Fürstentümer miteinander. Als Zar Peter III 1762 den Thron bestieg, schloss er sofort Frieden mit Preußen und übergab ohne Gegenleistung Ostpreußen und andere Gebiete. Kurze Zeit später kam es dadurch zum Waffenstillstand zwischen Preußen und Österreich.
- Am 24. Juni 1812 überquerte Napoleon mit seinen Truppen, die überwiegend aus Deutschen bestanden, die Memel. Die Russen halfen dann nach dem Sieg über Napoleons Armee, Deutschland aus dessen Händen zu befreien
- Am 1. August 1914 erklärte Deutschland Russland den Krieg und brachte Lenin ins Land, damit dieser dort eine Revolution auslöse.
- Am 22. Juni 1941 überfiel Deutschland Russland trotz eines Nichtangriffspaktes.

Die Geschichte zeigt, dass immer der Westen der Aggressor war. Die Geschichte zeigt auch, dass es sowohl für Deutschland als auch für Russland wirtschaftlich, sicherheitspolitisch und kulturell immer gut war, zusammenzuarbeiten. Das gilt für das ganze 19. Jahrhundert, besonders für die Bismarckzeit, das gilt für die Weimarer Republik (u. a. Vertrag von Rapallo), das gilt für das Erdgas-Röhren-Geschäft 1970, das gilt für die Zeit der Wende 1989/90 mit dem vollständigen Verzicht der Besetzung Deutschlands und das gilt für die umfassende wirtschaftliche Kooperation der frühen Putinzeit mit den erfolgreichen Gasgeschäften, die Deutschlands Industrie zum Blühen brachten.

Der russische Staatspräsident Wladimir Putin sagte selbst unlängst beim Weltjugendfestival in Sotschi, dass Russland und Deutschland immer dann große Erfolge erzielt hätten, wenn sie zusammengearbeitet hätten. Dies seien goldene Zeiten in der gemeinsamen Geschichte beider Länder gewesen. Und er hoffe auch, dass dies wieder möglich sei. Er gebe daher die Hoffnung nicht auf, dass Deutschland die zur Freundschaft ausgestreckte russische Hand wieder ergreifen werde. Die „objektiven nationalen Interessen“ Deutschlands würden dazu führen, dass neue

Politiker auftauchen würden, denen die aktuelle Russophobie fremd sei. Denn er habe keinen Konflikt mit der europäischen Bevölkerung, erlebe aber „schwere Zeiten“ mit den europäischen Eliten. Und da ist er nicht allein; auch die europäische Bevölkerung hat schwere Zeiten mit ihren Eliten, Politikern, die sich nicht mehr als Vertreter der Bürger sehen, sondern meinen diese seien Untertanen, die man mit Regeln, Verboten und immer höheren Steuern fortwährend drangsaliert dürfe. Und jetzt wollen diese psychisch kranken Figuren Deutschland auch noch in einen Krieg treiben.

Für die nationalen Interessen Deutschlands ist nichts wichtiger als ein Frieden und eine umfassende ökonomische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Russland. Darum muss die Deutsche Politik unverzüglich mit Provokationen jedweder Art aufhören und die ausgestreckte Hand ergreifen. Nicht Kriegstreiberei als Lakai der USA ist jetzt geboten, sondern die Unterstützung des Friedens ist erste Bürgerpflicht. Und die gilt ganz besonders für die Damen und Herren Politiker in Berlin.

Als wir noch vernünftige Politiker an der Regierung hatten, sagte Bundeskanzler Helmut Schmidt: „Lieber hundert Stunden umsonst verhandeln als eine Minute schießen.“ Darauf sollte Deutschland sich besinnen.

Nancy Faeser: Demokratie und Eigentor

Ansprechpartner: Jochen König

presse.@diebasis.nrw

Der Verfasser wundert sich an dieser Stelle, wenn er kritische Stimmen zum Demokratieverständnis unserer Innenministerin aus dem ZDF wörtlich übernehmen kann.

Faeser-Pläne: Meinungsfreiheit in Gefahr?

von H. Slansky, D. Rzepka
11.03.2024 | 12:00

Wer den Staat verhöhnt, muss es mit einem starken Staat zu tun bekommen, so Ministerin Faeser. Werden unliebsame Ansichten bekämpft? Kritiker sehen die Meinungsfreiheit in Gefahr.

Will Faeser kritische Meinungen unterdrücken?

Faeser sagt:

Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen.

Der Präsident des Verfassungsschutzes, Thomas Haldenwang ([CDU](#)), ergänzt: "Wir dürfen nicht den Fehler machen, im Rechtsextremismus nur auf Gewaltbereitschaft zu achten, denn es geht auch um verbale und mentale Grenzverschiebungen. Wir müssen aufpassen, dass sich Denk- und Sprachmuster nicht in unsere Sprache einnisten."

Verfassungsrechtler sind alarmiert. Faeser negiere die Meinungsfreiheit, ihm werde um die Demokratie Angst und Bange, kritisiert Volker Bohme-Neßler im ZDFheute-Interview. "Man hat so richtig das Gefühl, Frau Faeser ist auf einer Mission, sie kämpft gegen den Rechtsextremismus. Und alles, was im Weg steht, wird beiseite geräumt."

Die Freiheit der Ideen ist die Essenz von Demokratie, sagt Verfassungsrechtler Volker Boehme-Neßler. Er kritisiert Innenministerin Nancy Faeser (SPD).10.03.2024 | 1:02 min (Videobeitrag).

Warum sich Kritiker an die DDR erinnert fühlen

Kritik gibt es insbesondere an dem Begriff der Delegitimierung des Staates. Er sei vom Verfassungsschutz eingeführt worden und schwammig, sagt Verfassungsrechtler Josef Franz Lindner.

Es bestehe die Gefahr, dass pointierte und überspitzte Kritik an Politik, Staat und Regierung künftig als Delegitimierung eingestuft - und so zum Fall für den Verfassungsschutz würde. Dem Staat komme aber keine Deutungshoheit über den Begriff zu.

Der ehemalige Kultus- und Finanzminister von Mecklenburg-Vorpommern, Mathias Brodkorb (SPD), fühlt sich gar an die [DDR](#) erinnert. Dort habe es den Begriff der staatsfeindlichen Hetze gegeben. Im Jahr 2024 solle die Bundesrepublik auf repressive Elemente verzichten:

Es geht darum, die Probleme zu lösen, die es in diesem Land gibt und mit Kritikern vernünftig zu reden und von einer anderen Meinung zu überzeugen.

Mathias Brodkorb, SPD

Organisationen, die sich für die Stärkung der Demokratie einsetzen, sollen regelmäßig Geld bekommen – doch die Ampel ist uneins, wer eigentlich gefördert werden soll. 25.02.2024 | 2:38 min (Videobeitrag).

Zoff in der Koalition droht

Faeser will auch zusammen mit Familienministerin [Lisa Paus \(Grüne\)](#) für die wehrhafte Demokratie eintreten. Beide propagieren das ebenfalls [umstrittene Demokratiefördergesetz](#). Organisationen, die sich für die Stärkung der Demokratie einsetzen, sollen regelmäßig Geld bekommen - doch die Ampel ist uneins, wer eigentlich gefördert werden soll.

Die [FDP](#)-Abgeordnete Linda Teuteberg kritisiert, politische Bildung, Prävention gegen Radikalisierung oder Beratung von Opfern sei Aufgabe der Länder und nicht des Bundes. "Insofern ist dieses Demokratiefördergesetz die falsche Antwort auf die Herausforderung für die liberale Demokratie", sagt Teuteberg - und kritisiert die Haltung, die hinter der Idee des Gesetzes steht:

Wer die Demokratie schützen will, sollte sich selbst in den Grenzen des Grundgesetzes bewegen und sich an dessen Prinzipien halten.

Linda Teuteberg, FDP

Setzt sich die Regierung über die Verfassung hinweg? Unterwegs auf schmalen Grat - im Dienst der vermeintlich guten Sache.

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/faeser-meinungsfreiheit-kritik-demokratie-100.html>

Und nun noch das Demokratieförderungsgesetz. Unter dem nachfolgenden Link <https://dserver.bundestag.de/btd/20/058/2005823.pdf> steht der Originaltext zur Verfügung. „Der Bundestag hat am Donnerstag, 16. März 2024, erstmals einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung“ ([20/5823](#)) beraten. Im Anschluss an die

Aussprache wurde der Gesetzentwurf in die Ausschüsse überwiesen. Die Federführung soll der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend übernehmen.

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Ziel des Gesetzes ist es laut Bundesregierung „die Demokratie in Deutschland als Gesellschaftsform und Grundlage des Zusammenlebens zu schützen, weiter zu gestalten und für aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu stärken“. Die Gestaltung und Förderung der Demokratie sowie die Achtung von Recht und Rechtsstaatlichkeit sei aber nicht allein staatliche Aufgabe, sondern ein gemeinsames Anliegen des Staates und einer lebendigen, demokratischen Zivilgesellschaft, heißt es in dem Gesetzentwurf.

Zur Stärkung der Demokratie, zur politischen Bildung, zur Prävention jeglicher Form von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie zur Gestaltung von gesellschaftlicher Vielfalt und Teilhabe wolle der Bund zukünftig auf Grundlage eines ausdrücklichen gesetzlichen Auftrags bundeseigene Maßnahmen durchführen sowie Maßnahmen Dritter fördern, „sofern sie von überregionaler Bedeutung sind und in erheblichem Bundesinteresse liegen“.

Die gesetzliche Verankerung gewährleiste die notwendige Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und die damit verbundene nachhaltige Absicherung der Maßnahmen im Bereich der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung.

Planungssicherheit für Bund und Zivilgesellschaft

Damit einher gehe ein Zuwachs an Planungssicherheit für den Bund und die Zivilgesellschaft, schreibt die Bundesregierung. Der Zuwachs an Planungssicherheit ermögliche es, mit dem Gesetz einen wirkungsvollen Beitrag zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements im Bereich der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention, politischen Bildung sowie der Vermittlung rechtsstaatlicher, demokratischer und freiheitlicher Werte und des „Empowerments“ zu leisten. Damit trage das Gesetz dazu bei, der Entstehung demokratiefeindlicher Phänomene und extremistischer Tendenzen frühzeitig entgegenzuwirken, Radikalisierungsprozesse rechtzeitig zu unterbrechen und umzukehren sowie „wichtige Beratungsleistungen“ in diesem Themenfeld weiter auszubauen.

Des Weiteren werde durch eine längerfristige Förderung von Maßnahmen gewährleistet, dass zivilgesellschaftliche Akteure „bereits bewährte Strukturen“ nicht nur aufrechterhalten, sondern vor allem auch weiterentwickeln werden können, „um den sich teils wandelnden gesellschaftlichen Herausforderungen Rechnung tragen zu können“. (hau/16.03.2023)

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw11-de-demokratiefoerdergesetz-936484>

Der Verfasser ist Demokrat und Freund unseres Grundgesetzes. Deshalb warnt er vor dem folgenden Konstrukt: Wer brav dem Mainstream folgt und ihn propagiert wird dafür bezahlt, wer Kritik übt, bekommt es mit § 90a StGB zu tun:

§ 90a (Auszug)

Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole

„.... wer die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich macht ...wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

Hier fragt sich der Verfasser, an welcher Stelle zwischen grundgesetzlich garantierter und freier Meinungsäußerung und Verunglimpfung des Staates differenziert wird.

Zur Erinnerung. Der Justizminister ist gegenüber der Staatsanwaltschaft eingeschränkt weisungsbefugt: Diese Weisungsbefugnis wird derzeit überarbeitet:

Das [BMJV kündigte deshalb eine Neuregelung an](#). Der Referentenentwurf liegt nun vor. Das BMJV hatte ihn bereits vor einigen Tagen auf der Ministeriumshomepage veröffentlicht – dort ist er bislang aber ziemlich unbemerkt geblieben. Der Entwurf sieht eine Ergänzung des § 147 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) vor. Bisher ist in § 147 GVG lediglich geregelt, dass das Recht der Aufsicht und Leitung hinsichtlich des Generalbundesanwalts und der Bundesanwälte der Bundesjustizministerin zusteht und der Landesjustizverwaltung hinsichtlich aller staatsanwaltschaftlichen Beamten des Landes.

Grenzen für das Weisungsrecht und Dokumentationspflicht

Mit der Ergänzung soll klargestellt werden, dass Weisungen nur zulässig sind, "soweit in tatsächlicher oder rechtlicher Hinsicht ein Entscheidungs- oder Beurteilungsspielraum besteht, sowie im Bereich der Ermessensausübung", so der Wortlaut des neuen § 147 Abs. 2 GVG. Außerdem heißt es: Weisungen ergehen "frei von justizfremden Erwägungen".

Ob diese unklaren Formulierungen ausreichenden Schutz vor möglicher Willkür bieten, wagt der Verfasser zu bezweifeln.

Siehe auch: [dieBasis Aktuell 01/ 2023](#)

Für einen ausgewogenen Rundfunk

Ansprechpartner: Jochen König

presse@diebasis.nrw

Artikel vom 04.04.2024

Der Verfasser empfiehlt den vollständigen Text zu lesen. (Noch) kann er unter folgendem Link geöffnet werden:

<https://www.theeuropean.de/gesellschaft-kultur/das-original-dokument-im-wortlaut-fuer-eine-reform-des-oerr>

Das Manifest zu den Zuständen in ARD, ZDF und Deutschlandradio birgt ungeheuren, politischen Sprengstoff. Wer dort liest, wie und unter welchem Druck Meinung gemacht wird, kann diesen Hilferuf nicht einfach ad Acta legen.

„Rund 8,6 Milliarden Euro kassieren ARD, ZDF und Deutschlandradio alljährlich aus den Rundfunkbeiträgen. Liefern sie aber auch jene ausgewogene Berichterstattung, auf die sie die Staatsverträge verpflichten?“

Anmerkung: hier sind nicht die Werbeeinnahmen berücksichtigt.

„Wir, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ARD, ZDF und Deutschlandradio, sowie alle weiteren Unterzeichnenden, schätzen einen starken unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland als wesentliche Säule unserer Demokratie, der gesellschaftlichen Kommunikation und Kultur. Wir sind von seinen im Medienstaatsvertrag festgelegten Grundsätzen und dem Programmauftrag überzeugt. Für eine bessere Lesbarkeit verwenden wir überwiegend das

generische Maskulinum, wir sprechen explizit alle an.

Unsere Grundsätze

- Meinungs- und Informationsvielfalt
- Ausgewogenheit und Fairness
- Transparenz und Unabhängigkeit
- Förderung von Kultur und Bildung
- Bürgerbeteiligung
- beitragsfinanziert"

Genau das Gegenteil dieser Grundsätze grassiert im öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem und wird massiv durch existenzbedrohende Maßnahmen nach Ansicht der Unterzeichnenden aufrecht erhalten.

Der Bürger ist demnach gezwungen, seinen Rundfunkbeitrag zu bezahlen, damit er sich von Interessengruppen optimal manipulieren lassen kann.

Für den Rundfunk von morgen fordert man finanzielle Unabhängigkeit von Staat, Lobbyisten und Werbung sowie wahrhaft demokratische Transparenz.

„Dazu gehört die Verpflichtung, vermeintliche Wahrheiten immer wieder zu überprüfen. Für die Berichterstattung bedeutet dies ergebnisoffene und unvoreingenommene Recherche sowie die Präsentation unterschiedlicher Sichtweisen und möglicher Interpretationen.

Das Publikum hat einen Anspruch darauf, sich mit einem Sachverhalt auseinandersetzen und selbstständig eine Meinung bilden zu können, anstatt eine "eingeordnete" Sicht präsentiert zu bekommen.“

Kurz: Gefordert werden Unabhängigkeit, Qualitätsjournalismus und Meinungsvielfalt als Säulen einer lebendigen Demokratie.

Kritische Reaktionen auf das Manifest ließen nicht lange auf sich warten. So wurden unter dem nachstehenden Link:

<https://www.deutschlandfunk.de/reaktionen-auf-oerr-kritisches-manifest-100.html>

umgehend Stimmen laut, denen es nicht passte, dass Unterzeichner anonym bleiben wollten und Ihre Unterschriften bei einem Notar hinterlegt haben.

Weitere Kritiken:

Mika Beuster, Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV), in dem Streitgespräch. „Es geht ihnen darum, dass sie ihre Meinung ohne Widerspruch sagen können.“ Doch bei einem Meinungs Austausch gehöre es für Journalisten dazu, dann zu widersprechen, wenn falsche Fakten behauptet würden.

Zum Vorwurf der Zensur im aktuellen „Manifest“ sagt Michael Raue (Deutschlandradio-Intendant): „Ich habe mir das Papier mehrfach durchgelesen, aber so richtig bin ich der Sache nicht auf die Spur gekommen.“ Er könne viele Sätze nachvollziehen. Mit der generellen Stoßrichtung, im Öffentlich-Rechtlichen würden Themen ausgeblendet oder nicht gehört oder gesendet, könne er aber nur wenig anfangen.

Den Vorwurf einer politischen Beeinflussung weist Stefan Brandenburg zurück. Der WDR-Chefredakteur kritisiert im Interview mit dem Deutschlandfunk den „Sound des Manifests“, der

eine solche Einflussnahme von Politik, Wirtschaft oder Lobbyisten nahelege. Es gebe aber „nicht jemanden von außen, der uns hindert“, so Brandenburg. Allerdings sei man sich selbst zu schnell einig, indem man den Konsens und vielleicht an manchen Stellen nicht genug den Streit suche. **„Wenn wir den Debattenraum eingrenzen, dann tun wir das selber“**.

Dem Verfasser fällt dazu sofort der Begriff des vorausseilenden Gehorsams ein. Jeder demokratisch bewusste Bürger hat die Verantwortung, sich mit dem Manifest und den Kritiken beschäftigen, denn offensichtlich sind führende Medienmacher dazu nicht mehr in der Lage.

Schwarmtreffen

Vergesst bitte unsere regelmäßigen Treffen nicht und bringt viele gute Ideen und Freunde mit. Unser nächstes Schwarmtreffen findet am 20.04.2024 ab 16:00 Uhr statt. Der Ort wird auf der Homepage bekannt gegeben. Besucht auch das regelmäßige Stammtischtreffen im Restaurant Kreta, nächster Termin 02.05.2024 ab 19:00 Uhr. Besucht auch die Veranstaltungen die von Mitgliedern organisiert werden.

Alle Termine sind auf unserer Homepage <https://bielefeld.diebasis.nrw/> zu finden. Weitere Informationen findet ihr auf: <https://nrw.diebasis.nrw/news/>.

dieBasis Stadtverband Bielefeld

Pressesprecher Jochen König
Schriftführer Gustav Wiesecke